

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

50. Sitzung

Wirtschaftsausschuss

29. Sitzung

am Montag, dem 1. Oktober 2001, 10:00 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtages

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Ursula Kähler (SPD) Vorsitzende
Holger Astrup (SPD)
Wolfgang Fuß (SPD)
Renate Gröpel (SPD)
Günter Neugebauer (SPD)
Hans-Jörn Arp (CDU)
Klaus Klinckhamer (CDU)
Berndt Steincke (CDU)
Werner Kalinka (CDU) in Vertretung von Rainer Wiegard
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anke Spoorendonk (SSW)

Anwesende Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses

Roswitha Strauß (CDU) Vorsitzende
Hermann Benker (SPD)
Peter Eichstädt (SPD) in Vertretung von Birgit Herdejürgen
Klaus-Dieter Müller (SPD)
Thomas Rother (SPD)
Jutta Schümann (SPD) in Vertretung von Bernd Schröder
Gero Storjohann (CDU) in Vertretung von Uwe Eichelberg
Manfred Ritzek (CDU) in Vertretung von Dr. Trutz Graf
Kerssenbrock
Christel Aschmoneit-Lücke (FDP)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete des Finanzausschusses

Wolfgang Kubicki (FDP)

Fehlende Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| Tagesordnung: | Seite |
|--|--------------|
| 1. a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2001 bis 2005 | 5 |
| Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1166 | |
| b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2002 (Haushaltsbegleitgesetz 2002) | |
| Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1150 | |
| E i n z e l p l a n 0 6 | |
| K a p i t e l 1 2 0 6 | |
| hierzu: Umdrucke 15/1405, 15/1432 und 15/1433 | |
| 2. Beratungen über den Haushaltsentwurf 2002 | 8 |
| a) Übersichten über die Entwicklung der Vermerke „kw“ und „ku“ Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/1404 | |
| b) Abwicklung der Ausgabereste 2000 im Haushaltsjahr 2001 Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/1406 | |
| 3. Aufhebung des Sperrvermerks bezüglich der Betriebsmittelzuschüsse für die Kieler Flughafengesellschaft | 10 |
| Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Umdruck 15/1407 | |
| 4. Freigabe der gesperrten Mittel für das Kennedy-Infozentrum der Amerika- Gesellschaft Schleswig-Holstein e. V. | 12 |
| Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Umdruck 15/1408 | |

Die Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Kähler, eröffnet die gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses und des Wirtschaftsausschusses um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2001 bis 2005

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1166

**b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2002
(Haushaltsbegleitgesetz 2002)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/1150

Einzelplan 06

Kapitel 1206

hierzu Umdrucke: 15/1405, 15/1432 und 15/1433

Zu Beginn der Beratungen des Einzelplans kommen die Ausschussmitglieder überein, grundsätzlich auf umfangreiche Einführungen in die Einzelpläne zu verzichten und Fragen zum Haushaltsentwurf schriftlich zu stellen; diese sollen nach Möglichkeit innerhalb von 14 Tagen von der Landesregierung zu den jeweiligen Einzelplänen schriftlich beantwortet werden.

M Dr. Rohwer führt sodann schwerpunktmäßig in den Einzelplan 06 sowie das Kapitel 1206 ein.

Auf eine Frage von Abg. Arp zur Rückführung der Landesmittel beim Straßenbau sagt M Dr. Rohwer nach kurzen Ausführungen hierzu eine schriftliche Erläuterung zu.

Abg. Neugebauer erbittet eine schriftliche Darlegung zu den Bemühungen des MWTV betreffend Kommunalisierung landeseigener Häfen sowie zum aktuellen Stand der entsprechenden Bemühungen der Landesregierung. Des weiteren erbittet er eine schriftliche Stellungnahme zu der exorbitanten Entwicklung im Bereich der Ausgleichszahlungen für die Ausbildungsverkehre. - M Dr. Rohwer verweist zum Punkt Kommunalisierung landeseigener Häfen auf den von seinem Haus unter dem 27. September 2001 gegebenen Bericht, Umdruck 15/1440, und schlägt vor, diesen Punkt einmal einer gesonderten Diskussion zuzuführen. Zum Thema „Entwicklung der Ausgleichszahlungen bei den Ausbildungsverkehren“ sagt er eine schriftliche Antwort zu.

Abg. Strauß erbittet eine schriftliche Erläuterung bezüglich der finanziellen Konsequenzen aus den Änderungen im Bereich der Straßenmeistereien mit Blick auf die Verlagerung von Aufgaben aus dem Bereich der Kommunen auf das Land. - M Dr. Rohwer weist unter Bezugnahme auf Umdruck 15/1440 noch einmal darauf hin, dass es die Möglichkeit, dass die Straßenbauverwaltung auch kommunale Aufgaben übernehme, schon vor den Veränderungen im Bereich des Straßenunterhaltungsdienstes gegeben habe und dass auch einige Kreise hiervon Gebrauch gemacht hätten. Man setze sich in Gesprächen mit den übrigen Kreisen dafür ein, diese Entwicklung zu verstärken. Die Schaffung der organisatorischen Anpassung bei den Straßenmeistereien sei ja auch mit ein Anreiz für eine solche Übertragung von kommunalen und anderen Aufgaben auf die Straßenbauverwaltung des Landes mit dem Ziel, mittelfristig einen Landesbetrieb für die Straßenbauverwaltung zu schaffen.

Zu den Ausgleichszahlungen für die Ausbildungsverkehre verweist VP Qualen darauf, dass es sich hierbei um eine Pflichtleistung des Landes handle, für die das Land eigene Mittel aufzubringen habe und nicht zweckgebundene Zuweisungen des Bundes zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs einsetzen sollte. Das Gleiche gelte für die unentgeltliche Beförderung von schwerbehinderten Menschen. Er fragt nach der Begründung dafür, warum das MWTV die Bundesmittel in Anspruch genommen habe. - M Dr. Rohwer sagt zu, dass auch dieser Punkt in die schriftliche Beantwortung mit aufgenommen werde.

Abg. Spoorendonk erklärt, dass sie unabhängig von der folgenden Frage gegebenenfalls noch schriftliche Fragen nachreichen werde. Jetzt erbitte sie jedoch schon einmal eine Aufstellung darüber, welche Projekte im Rahmen des Regionalprogramms 2000 für 2002 geplant seien und wie sich die Landesregierung die Finanzierung dieser Projekte vorstelle. - M Dr. Rohwer sagt auch dies zu.

Abg. Harms spricht den Haushaltsansatz für „Nachfolger- und Existenzgründerberatung“ an, der auf null zurückgefahren sei. Er möchte wissen, inwieweit sichergestellt sei, dass diese Arbeiten im Handwerksbereich trotzdem weiterhin geleistet werden könnten. - M Dr. Rohwer erwidert, dass man zu diesem Thema ebenso wie überhaupt zur gesamten Förderung des Handwerks in laufenden Gesprächen mit den Handwerksverbänden sei. So habe man auch den Vorschlag, den man jetzt in den Haushaltsentwurf eingestellt habe, mit den Handwerksverbänden diskutiert. Dort habe man Einmütigkeit darin festgestellt, dass es vorrangig sei, die Ausbildung zu sichern. Dies sei auch aus Sicht der Handwerksverbände gegenüber der Aufgabe der Beratung wichtiger. Was die Beratung angehe, sei man übereingekommen, dass die Handwerksverbände nun ihrerseits Modelle entwickelten, wie diese Beratung so weit wie möglich fortgeführt werden könne. Dies werde sicherlich in unveränderter Form nicht möglich sein. Diese Frage werde im Spannungsfeld der Rückführung von Leistungen, aber auch von Beitragserhöhungen für Kammermitglieder zu beantworten sein.

Abg. Strauß erbittet eine schriftliche Auskunft zu der Frage, wie sich Personaleinsparungen im MWTV mit Blick auf die Übertragung der Abwicklung von Fördermaßnahmen auf die I-Bank entwickelt hätten. Es sollte deshalb vom MWTV einmal dargestellt werden, wie sich zum Beispiel von 1995 bis 2000 Personaleinsparungen in diesem Bereich entwickelt hätten, und zwar auch unter dem Gesichtspunkt der Erstattung der Kosten an die I-Bank.

M Dr. Rohwer sagt dies ebenfalls zu.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Beratungen über den Haushaltsentwurf 2002

- a) Übersichten über die Entwicklung der Vermerke „kw“ und „Ku“
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/1404
- b) Abwicklung der Ausgabereste 2000 im Haushaltsjahr 2001
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/1406

Zum Umdruck 15/1404 bittet VP Qualen die Vertreter des Finanzministeriums, die Vorlage zu überarbeiten und unter anderem darauf hinzuweisen, welche Stellenübertragungen vorgesehen seien. Darüber hinaus habe man festgestellt, dass die Angaben teilweise nicht vollständig beziehungsweise in der Darstellung unplausibel seien.

AL Rohs sagt diesbezüglich eine direkte Abstimmung mit dem LRH zu. - Die Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Kähler, meint, dass diese Abstimmung auch innerhalb von 14 Tagen geschehen solle.

Die Mitglieder des Finanzausschusses nehmen mit dieser Verfahrensabsprache den Umdruck 15/1404 zur Kenntnis.

Zum Umdruck 15/1406 macht VP Qualen darauf aufmerksam, dass durch die Umstellung auf SAP-3 eine Darstellung der Reste in 2001 nicht möglich sei. Er fragt, wie das Finanzministerium den sich hieraus ergebenden Mangel beheben wolle.

AL Rohs bestätigt, dass es aufgrund der auch in der Vorlage angeführten Umstellung des HKR-Verfahrens auf das SAP-Verfahren im Laufe dieses Jahres für die Ressorts schwierig sei, die Abwicklung der Ausgabenreste 2000 für das laufende Haushaltsjahr 2001 aktuell zusammenzustellen. Man habe aber die Ressorts angeschrieben - dies nachrichtlich auch an den LRH - und sie darauf aufmerksam gemacht, dass sie sich darauf einstellen mögen, dass insbesondere aufgrund der nicht vorgelegten Übersicht für die Ausgabenreste 2000 im Finanzausschuss gezielt Fragen gestellt werden könnten, die dann selbstverständlich auch beantwortet würden. Es hätte jedoch einen großen Aufwand mit sich gebracht, wenn man jetzt eine aktu-

elle Zusammenstellung gefertigt hätte. Aber selbstverständlich werde dieser Punkt in der Haushaltsrechnung berücksichtigt werden.

Die Mitglieder des Finanzausschusses nehmen den Umdruck 15/1406 zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung

Aufhebung des Sperrvermerks bezüglich der Betriebsmittelzuschüsse für die Kieler FlughafengesellschaftVorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Umdruck 15/1407

Abg. Neugebauer erinnert daran, dass seinerzeit eine Sperre ausgebracht worden sei, weil man mit dem MWTV gemeinsam Überlegungen dergestalt anstellen wollte, wie die Kieler Flughafengesellschaft zu mehr Wirtschaftlichkeit geführt werden könne, sodass damit auch eine Verringerung des Landeszuschusses verbunden sei. Seine Fraktion sei gewillt, heute der Freigabe zuzustimmen, bitte aber darum, dass das MWTV bis Ende dieses Jahres ein Konzept vorlege, das auch unter Berücksichtigung der aktuellen Diskussion über die Stärkung des Regionalflughafens Holtenau eine Wirtschaftlichkeits- und Effizienzanalyse beinhalte.

M Dr. Rohwer bewertet diesen Vorschlag positiv und unterstreicht, dass hier ein Zusammenhang mit den Ausbauplänen insoweit vorhanden ist, als ein eventueller Ausbau die Wirtschaftlichkeit mittelfristig in jedem Fall verändern werde, und zwar nach Auffassung der Landesregierung positiv. Wenn es auch praktisch in Deutschland keinen Regionalflughafen gebe, der ohne Defizite auskomme, werde man sich doch bemühen, den Versuch zu unternehmen, einen Rückgang der Betriebskostenzuschüsse mittelfristig darzustellen. Eine Vorlage des Konzeptes im Dezember sei auch deswegen angezeigt, weil bekanntlich der November als Termin für die Entscheidung über den Ausbau vorgesehen sei.

Auf Fragen von Abg. Kalinka und nach dem Hinweis der Vorsitzenden des Finanzausschusses, Abg. Kähler, auf den Umdruck 15/1422 (Entwurf des Wirtschaftsplanes der Kieler Flughafengesellschaft für das Wirtschaftsjahr 2002) erklärt M Dr. Rohwer, dass die Flughafengesellschaft dann, wenn die Zuschüsse nicht wie verabredet flössen, in Liquiditätsprobleme käme. Die Flughafengesellschaft sei auf Zuschüsse angewiesen, wengleich sich die Situation im Jahresvergleich, unter anderem durch die Aufnahme einer Verbindung nach München, deutlich verbessert habe.

Aber die Flughafengesellschaft sei und bleibe nach seiner Überzeugung auf Zuschüsse angewiesen. Ziel sei es allerdings, die Zuschüsse so niedrig wie möglich zu halten. Aus diesem Grunde beschäftige man sich auch mit dem Thema der Zukunftssicherung für den Flughafen Kiel Holtenau. Wenn man keine Entscheidung für eine Zukunftssicherung treffen würde - mit welcher ausgebauten Start- und Landebahnlänge auch immer -, würde sich der Zuschuss mit Sicherheit wesentlich ungünstiger entwickeln.

Abg. Arp erklärt, dass auch die CDU-Fraktion für eine Aufhebung des Sperrvermerkes sei und dass er es begrüße, dass die inhaltliche Debatte darüber im November/Dezember 2001 geführt werden solle.

Nach einer weiteren kurzen Diskussion über die wirtschaftliche Situation der Kieler Flughafengesellschaft stimmen die Mitglieder des Finanzausschusses der Aufhebung des Sperrvermerkes einstimmig zu.

Punkt 4 der Tagesordnung

Freigabe der gesperrten Mittel für das Kennedy-Infozentrum der Amerika-Gesellschaft Schleswig-Holstein e. V.Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Umdruck 15/1408

Auf die Frage von Abg. Heinold, wie die Landesregierung den Zuschussbedarf für 2002 ff. einschätze, erwidert Ang. Sieg, dass auch nach den dem Finanzausschuss vorliegenden Berechnungen der Amerika-Gesellschaft Schleswig-Holstein e.V. unter Berücksichtigung der nunmehr vorgesehenen Arbeit auf ehrenamtlicher Basis in 2002 ein Zuschussbedarf in Höhe von 35.000 DM notwendig sein werde. Für den Fall, dass die nunmehr vorgesehene ehrenamtliche Arbeit nicht tragen sollte, müsse wahrscheinlich zumindest eine Halbtagskraft eingestellt werden. Berechnungen darüber habe die Amerika-Gesellschaft noch nicht vorgelegt, weil auch sie davon ausgehe, dass die ehrenamtliche Basis tragen werde.

Abg. Neugebauer weist darauf hin, dass im Haushaltsentwurf 2002 ein Betrag von 50.000 für das Kennedy-Haus in Kiel veranschlagt worden sei. Er schlage vor, die Erfahrungen der Gesellschaft in den nächsten Monaten in Bezug auf das neue Konzept abzuwarten, um dann im Dezember zu entscheiden, wie der Haushaltsansatz 2002 zu gestalten sein werde. Seine Fraktion sei bereit, heute der Freigabe der gesperrten Mittel (Umdruck 15/1408) zuzustimmen. - Abg. Arp signalisiert für die CDU ebenfalls Zustimmung.

Die Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Kähler, verweist mit Blick auf die finanzielle Planung für das verbleibende Jahr 2001 darauf, dass die Gesellschaft für Sprachkurse 5.000 DM veranschlagt habe, und bittet die Vertreterin des MBWFK, der Amerikanischen Gesellschaft Schleswig-Holstein e. V. einmal die Frage vorzulegen, inwieweit diese Einnahmen aus Sprachkursen einer Überprüfung unterzogen werden könnten.

Die Mitglieder des Finanzausschusses beschließen einstimmig die Freigabe der derzeit gesperrten Mittel.

Die Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 10:55 Uhr.

gez. Kähler

Vorsitzende des Finanzausschusses

gez. Neil

Geschäfts- und Protokollführer des Wirtschaftsausschusses